



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 8. März 2015

Thomas Kurer, Denise Traber und Thomas Widmer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Volksinitiative "Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen"	537'715 24.6%	1'650'187 75.4%
Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer"	175'769 8.0%	2'010'043 92.0%

Stimmbeteiligung: 41.6%

gfs.bern
Menschen.Meinungen.Märkte.
Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06
Fax 031 / 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Affolternstrasse 56
8050 Zürich

Tel. 044 / 634 38 41
Fax 044 / 634 49 25
E-Mail: thow@ipz.uzh.ch

VOX vom 8. März 2015

Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 8. März 2015

Am 8. März 2015 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Volksinitiativen zu befinden. Zur Abstimmung standen einerseits die Familieninitiative der CVP und andererseits die Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer", die von der Grünliberalen Partei lanciert wurde. Beide Vorlagen wurden deutlich abgelehnt, was sich bereits lange vor dem Abstimmungssonntag abgezeichnet hatte. Die Familieninitiative scheiterte mit 75.4 Prozent Ablehnung, während die erste Volksinitiative in der noch jungen Geschichte der GLP mit 92.0 Prozent Nein-Stimmen regelrecht abgeschmettert wurde. Die Stimmbeteiligung lag mit 41.6 Prozent leicht unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (45.4%).

Volksinitiative "Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen"

Die Konfliktlinien waren bei der Familieninitiative nicht sehr ausgeprägt. SympathisantenInnen aller Parteien stimmten mehr oder weniger deutlich gegen die Initiative, wobei die Unterstützung bei AnhängerInnen derjenigen Parteien, welche die Ja-Parole herausgegeben hatten, noch am grössten war: Bei der CVP stimmten 49 Prozent und bei der SVP 27 Prozent für die Initiative. Bei den AnhängerInnen der SP und der FDP war die Zustimmung klar tiefer (20% bzw. 18%).

Im Vergleich zu früheren familienpolitischen Vorlagen spielte der gesellschaftspolitische Konflikt bei der CVP-Familieninitiative eine untergeordnete Rolle; vielmehr scheiterte die Initiative aus fiskalpolitischen Gründen. Der grösste Teil der Befragten gab an, gegen die Initiative gestimmt zu haben, weil vor allem bessergestellte Familien davon profitieren würden. Die Befürchtung, die Initiative hätte grössere Steuerausfälle zur Folge, wurde von den AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien etwas häufiger als Entscheidungsgrund geäussert als von linker Seite, jedoch überwog bei den Nein-Stimmenden aller politischer Lager das Argument der Fairness. Weiter wurden als Gründe für ein Nein angegeben, dass die Initiative unnötig sei und dass Familien bereits genügend unterstützt würden. Auch befand ein kleiner Teil der Befragten, dass es bessere familienpolitische Alternativen gäbe als den Steuerabzug für Kinder- und Ausbildungszulagen.

Neben fiskalpolitischen Überlegungen war die persönliche Betroffenheit für den Stimmentscheid relevant. Demnach war die Zustimmung bei kinderlosen, ledigen Personen am tiefsten und stieg mit der Grösse der Familie sowie steigendem Einkommen leicht an. Am grössten war die Unterstützung für die Vorlage bei Familien mit Kindern und mit hohem Einkommen – also bei derjenigen Gruppe, die am stärksten von der Initiative profitiert hätte.

Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer"

Die Initiative zur Einführung einer Energiesteuer anstelle der bewährten Mehrwertsteuer erlitt in praktisch allen Teilen der Bevölkerung Schiffbruch. In Anbetracht des überdeutlichen Resultats von 92.0 Prozent Nein-Stimmen mag dies nicht überraschen. Trotzdem ist bemerkenswert, dass die Vorlage praktisch unabhängig von Parteizugehörigkeit, Links-Rechts-Einstufung oder soziodemographischen Faktoren durchgehend abgelehnt

wurde. Selbst unter Befragten, die den Umweltschutz generell über das Wirtschaftswachstum stellen, erreichte die Grünliberale Partei mit ihrer Energiesteuer nur wenig mehr als zehn Prozent Zustimmung.

Die Hauptgründe für die breite Ablehnung sind dabei nicht ökologisch motiviert. Weder die Wirksamkeit einer Energiesteuer noch die Notwendigkeit, etwas für die Umwelt und die Energiewende zu tun, wurden von den Befragten in Zweifel gezogen. Viel mehr Beachtung fanden aber die fiskalpolitischen Konsequenzen eines durch die Energiesteuer verlangten grundlegenden Umbaus des Steuersystems, den die Einführung einer Energiesteuer verlangt hätte. Mit Erträgen von über 22 Milliarden Franken ist die Mehrwertsteuer für mehr als einen Drittel der Bundeseinnahmen verantwortlich. Diese bedeutende und weitherum akzeptierte Einnahmequelle durch ein neues Instrument mit nicht vollständig absehbaren fiskalischen Konsequenzen zu ersetzen, erschien einer grossen Mehrheit der Stimmbevölkerung als zu riskant.

Darüber hinaus hätte die erwünschte Lenkungswirkung einer Abgabe auf nicht erneuerbare Energien mittelfristig entweder zu einem Loch in der Bundeskasse oder zu stetig steigenden Energiepreisen geführt. Diesen beiden möglichen Konsequenzen hat das Stimmvolk eine deutliche Abfuhr erteilt. Die zu erwartende starke und ständig steigende Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger erschien dem Stimmvolk im Vergleich zur bewährten und vorhersehbaren Konsumbesteuerung als schlechtere Alternative.

Die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt aber, dass die deutliche Abfuhr der GLP-Initiative nicht als grundsätzliche Absage an den energiepolitischen Kurs des Bundesrates zu lesen ist. Die Energiestrategie 2050 findet selbst unter Stimmenden, welche die Energiesteuer-Initiative ablehnten, mehrheitlich Anklang. Das Ziel der Energiewende wird von einer Mehrheit der Bevölkerung weiterhin unterstützt, die von der Initiative vorgeschlagenen Mittel dazu wurden aber als ungeeignet erachtet.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 8. März 2015. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von elf Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 92 Befragenden telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews ohne dass dies für die Befragenden und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1'514 stimmberechtigte Personen, davon kamen 53 Prozent aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Westschweiz und 20 Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei ± 2.5 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden. Für die Beteiligung wurde wiederum nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf, der Stadt St. Gallen und einer Auswahl von Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet.